STADTHAUS 8200 SCHAFFHAUSEN 052 - 632 51 11

An den Grossen Stadtrat 8200 Schaffhausen

Schaffhausen, 22. Februar 2005

Kleine Anfrage Theresia Derksen betreffend Kosten Budgetreferendum (Nr. 2/2005)

Sehr geehrter Herr Präsident Sehr geehrte Damen und Herren

Mit ihrer Kleinen Anfrage vom 11. Januar 2005 stellt Grossstadträtin Theresia Derksen folgende Fragen:

- Wie hoch schätzt der Stadtrat die direkten Kosten dieses Referendums?
- Mit welchen indirekten Kosten (Zeit, Auftragsverzögerung etc.) ist zu rechnen?
- Werden die verschiedenen Institutionen (z.B. KSS etc.) mit weiteren Kürzungen zu rechnen haben?
- Welche Auswirkungen hat das Budgetreferendum auf die Investitionen der Stadt Schaffhausen im ersten Halbjahr 05 und somit auf das einheimische Gewerbe?

Antwort

Vorbemerkung

Wird das Budget 2005 in der Volksabstimmung vom 27. Februar 2005 angenommen, so halten sich die Kosten in relativ engen Grenzen. Dies deshalb, weil es möglich war, die Volksabstimmung auf einen ohnehin feststehenden Abstimmungstermin des Kantons zu legen.



Frage 1

Direkte Kosten entstehen in der Stadtverwaltung für die Durchführung der Volksabstimmung sowie für die Erstellung des Abstimmungsmagazins. Das sind einerseits die Aufwendungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilungen Stadtkanzlei, Zentralverwaltung, Controlling und Einwohnerkontrolle sowie andererseits die Kosten für den Druck des Abstimmungsmagazins. Weiter mussten Zentralverwaltung und Stadtkanzlei einige Zeit für die Erstellung der Rundschreiben an die Abteilungen betreffend das Verhalten während des Budgetreferendums aufwenden. Die direkten Kosten setzen sich grob berechnet wie folgt zusammen:

Sach- und Personalkosten für die Durchführung der Abstimmung

Fr. 9'800

Nicht berücksichtigt sind die Portokosten in der Höhe von insgesamt 12'000 Franken für die Abstimmungsmagazine sowie die Portokosten für die Stimmausweise, da sie auch bei nur zwei (kantonalen) Vorlagen gleich hoch ausgefallen wären.

Personalaufwand Stadtkanzlei, Zentralverwaltung, Controlling und EWK für die Erstellung des Magazins

Fr. 8'000

Nicht berücksichtigt sind:

- Zeitaufwand Stadtrat (Stadtratbeschlüsse betreffend Kenntnisnahme vom Referendum und Ansetzung des Abstimmungstermins, Beratung und Genehmigung des Abstimmungsmagazins);
- weiterer Zeitaufwand der Abteilungen, z.B. für Zusatzabklärungen zur Zulässigkeit von anstehenden Ausgaben.

Es ist aber darauf hinzuweisen, dass es sich bei den direkten Kosten des Budgetreferendums um Kosten handelt, welche die normale Folge unserer direktdemokratischen Verfassungsordnung sind.

Frage 2

Bei Ablehnung des Budgets durch das Volk wird in den Bereichen Hoch- und Tiefbau, VBSH und den städtischen Werken der Einsatz des Personals teilweise neu geordnet werden müssen. Die entstehenden Überkapazitäten könnten zwar mehrheitlich mit - vorgezogenen - internen Arbeiten sinnvoll genutzt werden. Dennoch vermuten z.B. die städtischen Werke, dass in einzelnen Bereichen angeordnete Ferien vorgesehen werden müssen.

Frage 3

Sollte das Budget 2005 vom Volk abgelehnt werden, so muss der Stadtrat das Budget vollständig überarbeiten und dem Grossen Stadtrat einen neuen Vorschlag unterbreiten. Das bedeutet, dass jede Position noch einmal überprüft werden

muss, obwohl das vorliegende Budget 2005 bereits - teilweise massiv - gekürzt wurde, um dieses Niveau zu erreichen. Es ist deshalb mit weiteren Reduktionen auf allen Positionen zu rechnen. Das kann natürlich auch Beiträge an die von der Stadt unterstützten Institutionen betreffen.

Frage 4

Nach der Umfrage des Schaffhauser Gewerbeverbandes rechnen die regionalen Unternehmungen mit rund 8 Mio. Umsatz je 1. + 2. Quartal 2005 aufgrund städtischer Aufträge.

Sofern das Budget in der Volksabstimmung vom 27. Februar 2005 genehmigt wird, gibt es aber nur kleine Verzögerungen. So werden die VBSH die vorgesehene Erweiterung des Bürotraktes nur zu etwa 2/3 ausführen können. Weitere Einschränkungen sind aber nicht zu erwarten. Das für 2005 vorgesehene Auftragsvolumen kann grösstenteils noch ausgelöst werden.

Sollte allerdings das Budget vom Volk abgelehnt werden, ergeben sich insbesondere in den Bereichen Hoch- und Tiefbau, VBSH und den städtischen Werken erhebliche Verzögerungen. Diverse Investitionen können 2005 nur teilweise oder gar nicht mehr in Auftrag gegeben werden.

Es ist für 2005 mit einem Ausfall in der Höhe von rund 7.5 Mio. Franken (Städtische Werke 4.0 Mio., Tiefbau 2.0 Mio., VBSH 0.5 Mio. Hochbau 1.0 Mio.) zu rechnen, welcher vor allem das einheimische Gewerbe treffen wird. Welche Auswirkungen dies auf das einheimische Gewerbe hat, lässt sich nicht im Einzelnen ermitteln. Für Unternehmen, die zu einem wesentlichen Teil öffentliche Aufträge ausführen, kann es sich jedoch um empfindliche Einbussen handeln.

Mit freundlichen Grüssen

1 War not

IM NAMEN DES STADTRATES

Co. Muluicas

Veronika Heller Vizepräsidentin

Christian Schneider Stadtschreiber